



Deutsche Weltwirtschaftliche Gesellschaft
1918 Vereinschriften Heft 7

Gabe der Gesellschaft
von Freunden u. Förderern
d. Rhein.-Friedr.-Wilh.-Universität
zu Bonn e. V.

Neubau der Weltwirtschaft

Von

Dr. Gerhart von Schulze-Gaevernitz

Geh. Hofrat, o. Professor der National-
ökonomie an der Universität Freiburg i. B.

Fischer



Berlin
Carl Heymanns Verlag
1918

Schriften der
Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft
Vereinigung für weltwirtschaftliche Forschung und Belehrung

Erstes Heft:

Weltwirtschaftliche Forschung Vortrag, gehalten bei der
1. Versamml., d. 12. 5. 1914

von **Prof. Dr. Gottfried Zoepfl**

1915

Geh. Ober-Regierungsrat

Preis 1,50 M
einschl. Teuerungszuschlag

Zweites Heft:

**Ein Zoll- u. Wirtschaftsverband zwischen dem
Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn**

1915

von **Prof. Dr. Rudolf Kobatsch**

Preis 2,25 M
einschl. Teuerungszuschlag

Drittes Heft:

Die Pariser Wirtschaftskonferenz Vortrag, gehalten in der
Jahresversammlung,
den 23. November 1916

1917

von **Prof. Dr. Willi Prion**

Preis 2,50 M

Viertes Heft:

**Die Vereinheitlichung der deutschen, öster-
reichischen und ungarischen Eisenbahntarife**

1917

von Regierungsrat **Alois Seifert**

Preis 4 M

Fünftes Heft:

Kolonial- und Reichskonferenzen

Wege und Ziele des britischen Imperialismus

1917

von **Dr. Paul Lejeune-Jung**

Preis 2 M

Sechstes Heft:

Mitteleuropäische Verkehrspolitik

Vortrag, gehalten bei der 25. Jubiläumsversammlung des
Bayerischen Kanalvereins in Nürnberg am 2. September 1917

von **Prof. Dr. Gottfried Zoepfl**, Geh. Oberregierungsrat, Berlin

1918

Mit vier farbigen Karten

Preis 2,50 M

Berlin W 8 * Carl Heymanns Verlag

Neubau der Weltwirtschaft
von Schulze-Gaevernitz

Neubau der Weltwirtschaft

Von Schwabe-Gesellschaft

Verband der Weltwirtschaft

Deutsche Weltwirtschaftliche Gesellschaft
1918 Vereinsschriften Heft 7

Neubau der Weltwirtschaft

Von

Dr. Gerhart von Schulze-Gaevernitz

Geh. Hofrat, o. Professor der National-
ökonomie an der Universität Freiburg i. B.



Berlin
Carl Heymanns Verlag
1918

Deutsche Volkswirtschaftliche Gesellschaft
Verinschriften
1882

Neubau der Weltwirtschaft

Von

Gedruckt bei Julius Sittenfeld, Hofbuchdrucker., Berlin W 8

Der Herrst. o. Professor der National-
ökonomie an der Universität Freiburg i. B.



Berlin
Verlags-Archiv 6348
1882

Das Thema „Neubau der Weltwirtschaft“ enthält die Gefahr vager Wünsche und Prophezeiungen. Demgegenüber gestatten Sie mir als Nationalökonom der Universität zunächst einen festen Ausgangspunkt in der Vergangenheit zu nehmen und von dort aus über den verworrenen Knoten der Gegenwart hinweg in der Weise die Linie in die Zukunft zu ziehen, daß ich in festen Sollsätzen die wirtschaftlichen Interessen und Forderungen Deutschlands umreiße und auf der anderen Seite vorsichtig die Mächte und Strömungen im Lager unserer Gegner und im Lager unserer Bundesgenossen abwäge. Wenn wir uns auf dieses Gebiet „Neubau der Weltwirtschaft“ begeben, wollen wir nicht vergessen: Politik ist die Kunst des Möglichen, eine Kunst, in der es nicht nur auf das Wünschen ankommt — das ist ungemein leicht —, sondern in der es vor allem gilt zu können.

Zunächst also gehen wir in die Lehre bei der Historie. Sie sagt uns: Dieser Krieg ist nichts schlechthin Neues, höchstens neu in seinen Dimensionen. Seit Alters ist das Prinzip der Gewalt ein Mittel gewesen, das der privatwirtschaftlichen Reichtumsansammlung und damit dem wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt der Menschheit diene. Insofern ist Gewalt zweifellos ein gewichtiger Kulturhebel. Ich erinnere daran, wie im Anfang aller Wirtschaftsgeschichte die Gewalt steht, indem sie durch die Einrichtung der Sklaverei überhaupt einmal die Mehrproduktion über den baren Lebensunterhalt hinaus erst ermöglichte. Aber auch in der ganzen späteren Wirtschaftsgeschichte, etwa der des Mittelalters — welche Rolle spielt nicht die Gewalt? Nicht nur, daß das feudale Verhältnis auf ihr begründet war, sondern ich erinnere auch an die mittelalterliche Stadt. Sie beruhte auf der Gewaltherrschaft über das sie umgebende platte Land, das gewerblich niedergehalten wurde; es sollte in der Stadt, auf dem städtischen Markt, billig verkaufen und teuer einkaufen. Aber vor allem: Hauptträger des Gewaltprinzips ist jener Staat, den wir als den modernen Staat und damit als den Geburtshelfer der modernen Volkswirtschaft zu bezeichnen pflegen, der Merkantil-

Staat. Für ihn gilt der Grundgedanke, der auch heute ganz gewiß noch nicht ausgestorben ist, sondern in sehr zahlreichen Gehirnen regiert: Eigener Vorteil gleich Schaden des anderen.

Dieser Grundsatz kommt zum Ausdruck in Kolonialkriegen, in der rücksichtslosen Ausbeutung monopolistisch beherrscher Kolonien, aber auch in den Handelskriegen der europäischen Völker untereinander. Alle Kriege jenes merkantilen Zeitalters sind in dem Sinne Handelskriege, als der kriegführende Staat durch den Krieg sich bemüht, den wirtschaftlichen Konkurrenten zu schädigen oder zu Boden zu schlagen. Aber nicht nur Kriege werden zu diesem Zwecke geführt. Auch die nicht sehr langen Friedensperioden, die sich in jenem Zeitalter zwischen den Kriegen erstrecken, sind ausgefüllt mit wirtschaftlichen Kriegsmaßregeln. Handelskrieg nach dem Kriege — eine uralte Sache! Das ganze Verhältnis zwischen Frankreich und England im 17. und 18. Jahrhundert, soweit es nicht Krieg mit den Waffen war, war Wirtschaftskrieg, Handelskrieg nach dem Kriege! Auch die Handelsverträge jener Tage sind durchaus von dem Gedanken getragen, durch Gewalt und Schläue den Mitkontrahenten zu benachteiligen, auszupowern. Als Musterbeispiel jener Handelsverträge gilt in der Wirtschaftsgeschichte und im nationalökonomischen Doktorexamen der berühmte Methuen-Vertrag des Jahres 1703.

Vor allem ist England seit Cromwells Zeiten der Träger dieses Gewaltprinzips, ja die größte und erfolgreichste Machtorganisation aller Zeiten. England führte, darüber sind seine eigenen Historiker einig, während dreier Jahrhunderte seine Kriege und ließ seine Kriege durch andere führen, um den jeweils gefährlichsten unter seinen wirtschaftlichen Mitbewerbern zu schädigen oder womöglich zu vernichten — Spanien, Holland, Frankreich, Deutschland. Sein Merkantilismus wuchs über die nationalen Grenzen hinaus zum Imperialismus, den man nicht anders zu definieren braucht als einen Merkantilismus auf verbreiteter, auf Weltreichsbasis: vom Kap zum Nil, von Kairo nach Indien!

England beherrscht mit Gewalt nahezu ein Drittel der Menschheit. Mittel für diese britische Machtorganisation ist die weltbeherrschende Flotte; nach dem Worte nicht eines Briten, sondern charakteristischerweise eines betroffenen Franzosen im 18. Jahrhundert: „Der Dreizack des Neptun ist das Zepter der Welt“. Es ist von großem Interesse, die geistesgeschichtliche Grundlage dieses britischen Imperialismus festzustellen.

Dieselbe liegt sehr viel tiefer als die der sonstigen merkantilistischen Gedanken, etwa die des russischen oder des französischen Merkantilismus. Diese geistesgeschichtliche Wurzel geht tief hinab in die religiösen Grundlagen und führt letztthin zur jüdisch-puritanischen Idee des auserwählten Volkes. Es ist die Idee, die Cecil Rhodes in einer etwas saloppen Weise dahin formulierte: Die beste Art, dem lieben Gott zu dienen, ist die, möglichst viel auf der Landkarte britisch rot anzustreichen. Aber sehr viel ernster und tiefer wurde diese Idee von den Vätern des Gedankens gefaßt. Ich erinnere daran, wie für Cromwell und seine Zeit die britische Weltherrschaft gar nichts anderes bedeutet als die Ausbreitung des Reiches der Heiligen über die Welt mit stark eschatologischem Einschlag.

Aber so verlockend es wäre, diese Linie zu verfolgen, wir steigen zur Gegenwart herab und stellen fest: Dieser Weltkrieg ist an sich nichts Neues, ist insbesondere für England nichts Neues, denn er wird von ihm geführt erstens zur Verteidigung der Seeherrschaft, welche ihm durch das Emporwachsen des deutschen Mitbewerbers in Friedenszeiten aus den Händen zu gleiten drohte, sodann in elfter Stunde zur Vernichtung des deutschen Mitbewerbers um den Welthandel. Ich pflegte schon vor Jahren meinen Studenten im Kolleg zu sagen, vielfach der Schwarzseherei bezichtigt: Wenn die Gesamtziffer des deutschen Außenhandels an die des britischen heranstreift, werden die Kanonen von selbst losgehen. Diese Prophezeiung ist wörtlich eingetroffen; denn nach den vorangegangenen sprunghaften Steigerungen hätte die deutsche Ziffer 1914, spätestens 1915, die britische überholt. Letztthin führt England den Krieg mit dem besonderen Zweck der Herstellung der Brücke von Kairo nach Indien. Wenn Kühlmann vor einigen Wochen im Reichstage formuliert hat, dieser Krieg werde um eine territoriale Frage weiter geführt, nämlich um Elsaß-Lothringen, so hätte er hinzusetzen können: Er wird nicht minder geführt um das altbiblische Zweistromland. Auch in Frankreichs Revancheidee schlägt eine merkantilistische Ader: Briey's Eisenerz reckt seine Hand nach der Kohle des Saarbeckens, um Frankreich auf die Höhe eines erstklassigen Industriestaates zu heben.

Aber an die Geschichte knüpft auch durchaus die Idee an, welche die Pariser Wirtschaftskonferenz vom Juni 1916 verfochten hat, die Idee des Wirtschaftskrieges nach dem Kriege. Da mein verehrter Herr Kollege Prion in ganz

ausgezeichneter Weise dieser Wirtschaftskonferenz zu Paris einen Vortrag hier in dieser Gesellschaft gewidmet hat, und da dieser auch veröffentlicht worden ist, so werde ich hierüber keine weiteren Worte verlieren. Nur das möchte ich hervorheben: Dieser Wirtschaftskrieg nach dem Kriege ist mit umgekehrten Vorzeichen nichts anderes als die Kontinentalsperre, mit welcher Napoleon auch in den kurzen Friedensperioden England totzumachen hoffte. Wie damals der Kontinent sich gegen England abspernte, so will uns die seebeherrschende angelsächsische Welt heute von der Welt absperren. Es ist kein Wort darüber zu verlieren, daß diese Pläne, ob sie durchführbar sein mögen oder nicht, gar nichts anderes bedeuten als sofortige Vorbereitung neuer Kriege. Mit Recht sagt die Daily News vom 19. September 1917: „Das würde den Krieg und die Vorbereitung zum Kriege zur einzigen ernsthaften Beschäftigung der Menschheit machen“.

Demgegenüber glaube ich, nun in aller Vorsicht doch die Behauptung wagen zu können, daß als Folge dieses Krieges nicht eine Beseitigung — das ist undenkbar —, wohl aber eine gewisse Abschwächung des Gewaltprinzips sich ergeben dürfte, und zwar aus einem technischen und aus einem wirtschaftlichen Grunde.

Zunächst der technische Grund! Die U-Bootwaffe, in den Friedenszeiten gründlich vorbereitet, setzt selbst die kleinen Mächte, etwa Skandinavien, Holland usw. in die Lage, gegebenenfalls die ganze Weltwirtschaft in die Luft zu sprengen. Es ist gar kein Geheimnis — man kann das jetzt offen hier aussprechen —, mit wie geringen U-Bootkräften Deutschland in diesen Krieg hineingetreten ist, und wie es unter all' den Schwierigkeiten der Materialbeschaffung trotzdem in der Lage war, während des Krieges dieses Kampfmittel zu einer entscheidenden Waffe auszubilden. Infolgedessen haben alle größeren Wirtschaftsmächte in dem Maße, wie sie vom Seeverkehr abhängen, um so mehr alle eigentlichen Küstenstaaten, das dringende Interesse an der „Freiheit der Meere“, allen voran das britische Reich, dessen ganze innere Verbindungslinien auf dem Seeverkehr beruhen. Das Wort „freie Meere“ ist eine Phrase, die öfters Unklarheiten verdeckt. Unter „freien Meeren“ verstehe ich die Unantastbarkeit des Privateigentums auf der See **auch in Kriegszeiten.**

Diese „freien Meere“ haben nun eine theoretisch-völkerrechtliche und eine praktisch-politische Seite. Die theoretische Seite bedeutet den juristischen Ausbau des Gedankens; und

hier ist dreierlei zu unterscheiden: das Prisenrecht, das Blockaderecht und das Recht der Konterbande. Diese drei Rechte sind bereits vor dem Kriege vielfach Gegenstand von Reformversuchen gewesen. Ich erinnere daran, daß z. B. auf der Konferenz im Haag Großbritannien das Prisenrecht beschneiden wollte, wogegen — und durchaus vom deutschen Standpunkte mit Recht — Freiherr v. Marschall protestierte, indem er erklärte: Wenn das Prisenrecht beschnitten oder beseitigt wird, dann nicht, ohne gleichzeitig das Blockade- und Konterbanderecht ebenfalls zu reformieren. Ich möchte mich auf alle diese völkerrechtlichen Dinge hier nicht weiter einlassen. Ich verweise in dieser Richtung auf einen Vortrag meines verehrten Kollegen van Calker in Kiel: „Problem der Meeresfreiheit“, Jena 1917 und auf ein interessantes Buch Lord Loreburns, des ersten englischen Kronjuristen, vor dem Kriege im Jahre 1913 geschrieben, „Privateigentum im Seekriege“ (übersetzt von Niemeyer), ein Plaidoyer für die freien Meere. Es ist höchst amüsant, daß dieser Kronjurist Englands 1913 ausführt, das Blockaderecht habe für England überhaupt keinen Sinn mehr; denn das Völkerrecht verbiete ja, die Neutralen zu blockieren, und infolgedessen könne sich Deutschland während des Krieges beliebig über Rotterdam verproviantieren. Die Frage der theoretischen Formulierung der Meeresfreiheit ist gewiß von Bedeutung. Leider müssen wir aber doch feststellen, daß während dieses Krieges das ganze Völkerrecht als Fetzen Papier davonflatterte.

Infolgedessen muß man fragen: Wie ist denn eine praktische Sicherung möglich? Das wird dann natürlich dazu führen, sich zu sagen: unmöglich ist eine praktische Sicherung, solange ziffernmäßig die Seeherrschaft einer Nation aufrechterhalten bleibt. Die Sicherung der „freien Meere“ verlangt die Herstellung eines Gleichgewichts der Seemächte. Man kommt damit unter Umständen zu den Versuchen einer maritimen Rüstungsbeschränkung. Daß diese Versuche für uns Deutsche nichts Ungeheuerliches enthalten, geht daraus hervor, daß Tirpitz vor dem Kriege — es war am 6. Februar 1913 — auf der Tribüne des Reichstages erklärt hat, daß man mit England sehr wohl über eine solche Kontingentierung verhandeln könne: Deutschland würde sich einverstanden erklären mit einem Kräfteverhältnis von 16:10. Sie sehen also, die Sache spitzte sich vor dem Kriege auf ziffernmäßige Kontingentierung zu. Ob Deutschland heute noch auf die genannte Ziffer sich einließe, ist eine offene Frage. Eine solche ziffern-

mäßige Kontingentierung ist um so möglicher, als es sich eigentlich um sehr wenige Seemächte handelt; die Abrüstung auf der See ist unendlich viel leichter durchzuführen als die auf dem Lande, wo zahlreiche verschiedene Nationen mit mannigfaltigen Kulturen in Betracht kommen, und wo die allgemeine Wehrpflicht tiefe moralische und historische Wurzeln hat. Eine maritime Machtkontingentierung führte in letzter Linie zur Herstellung des Seegleichgewichts und zu einer internationalen Seepolizei, die gegen denjenigen sich wendete, der in Kriegszeiten den Grundsatz der Freiheit der Meere antasten wollte. Ich möchte in dieser Beziehung nicht mißverstanden werden. Ich prophezeie hier nichts. Aber den Satz werden Sie mir zugeben: die Sache ist leichter auf der See durchzuführen, als hinsichtlich der Landheere und wenn England von Abrüstung spricht, so kann es auf diesem Gebiete zeigen, daß es ihm ernst ist.

Wenn so die technische Waffe des U-Booten in die Richtung auf die freien Meere hin drängt, so werden wir auf der anderen Seite auch den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege nicht allzu ernst nehmen können, wenigstens nicht in einer Hinsicht. Um auch hier nicht der Utopie geziehen zu werden, verweise ich darauf, daß vor kurzem ein gewiß unverdächtiger Zeuge, nämlich der „Temps“, diese Idee für undurchführbar bezeichnete, und daß die leitenden britischen Freihändler, z. B. der bekannte Großindustrielle Sir Hugh Bell, gegen sie protestierte, ebenso der einflußreiche „Manchester Guardian“. Ich meine, hier läßt sich doch wohl ein Satz mit Sicherheit feststellen. Dieser Krieg bedeutet gerade in dem Maße, als er sich hinzieht, eine solche Kapitalvernichtung, einen solchen Verschleiß von Eisenbahnen, Maschinen, Schiffen, Bodenkräften usw., daß nach dem Kriege der Warenhunger alles andere beherrschen wird, daß an ihm der Wirtschaftskrieg nach dem Kriege scheitern dürfte. Ein derartiger Warenhunger wird vorhanden sein, daß man einfach dort kauft, wo man etwas bekommen kann, daß dagegen der Verkäufer, der Anbietenden, nicht allzu viele sein werden. Insbesondere vernehmen wir, daß gegenwärtig bereits sich eine stürmische Nachfrage nach deutschen Waren auf überseeischen Märkten anstaut. Das knappe Angebot dürfte damit im Preiskampfe sich mächtiger erweisen als die weit umfangreichere Nachfrage.

Ich möchte diese Gedanken aber hier nicht weiter ausführen, sondern im einzelnen einige der wichtigsten Länder hervorheben. Für Belgien würde der Wirtschaftskrieg nach

dem Kriege eine neue Scheldesperre bedeuten: das Gras wüchse wieder auf den Gassen Antwerpens. Daß Italien den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege gegen uns nicht führen kann, ist ebenso selbstverständlich. Das durch ein Verbrechen seiner eigenen Staatsmänner zu Boden geschlagene Italien kann Deutschlands, seines besten Marktes für Gemüse, Südfrüchte, Blumen und Seidengespinnste, nicht entbehren, zumal Frankreich ihm mehr Mitbewerber als Abnehmer ist. Noch ein Wort über Rußland. Deutschland war vor dem Kriege der Hauptabnehmer Rußlands. Wenn unsere Statistik einige 30 % der Ausfuhr Rußlands als nach Deutschland gerichtet aufweist, so haben die Russen, und wahrscheinlich mit gutem Grunde, sogar eine Ziffer von 50 % und mehr ausgerechnet. Es gibt eine große Masse russischer Stapelwaren, die eigentlich so gut wie nur von Deutschland aufgenommen werden. Auf der anderen Seite ist Deutschland der Hauptlieferant Rußlands und liefert ihm billige und geeignete Waren. Dieses Deutschland ist eben dem russischen Geschmack und den russischen Bedürfnissen benachbarter als die angelsächsische Welt. Hierzu kommt aber noch ein weiteres. Rußland befindet sich in völliger Schuldknechtschaft, vor dem Kriege in Schuldknechtschaft gegen Frankreich. Nun ist neben Frankreich und schrittweise vor Frankreich England, und wieder vor England sind die Vereinigten Staaten als Gläubiger Rußlands getreten. Ich verweise in dieser Beziehung auf zwei sehr interessante Aufsätze Brentanos, die vor kurzem in der „Frankfurter Zeitung“ erschienen sind. Wenn man sich nun überhaupt auf das Prophezeien verlegen will, so möchte ich eine Tatsache hervorheben, über welche bei den Russen, in der Entente und bei uns Übereinstimmung besteht. Ich bin vor kurzem in Kopenhagen gewesen und habe gefunden, daß in ententistischen Kreisen die eine Überzeugung noch fester stand als bei uns: nämlich die Sicherheit des russischen Staatsbankrotts. Aber dieser Staatsbankrott ist immerhin nur ein erster Schritt zu der Schuldnerempörung, die nicht ausbleiben kann, wenn Rußland nicht hinabsinken will in die Rolle des ausgespreßten Indiens. Die Entente hat sich nämlich während des Krieges in den Besitz des größten Teiles der russischen Naturschätze gesetzt oder, wie ein russischer Minister sagte: „Wir mußten Sibirien verkaufen.“ Spricht man in Kreisen der Entente doch bereits von einer Rußland aufzuerlegenden „Gläubigerkontrolle“. Das russische Volk, das von den Traditionen der Großmacht erfüllt ist, muß früher oder später sich hiergegen empören, genau

so, wie es die Fesseln des Zarismus abgeschüttelt hat. Diese Empörung wendet sich gegen die Entente, gegen Frankreich, England, Amerika und drängt Rußland an unsere Seite. An Stelle des Comités zur Bekämpfung der deutschen Vorherrschaft hat Rußland ein Comité zur Bekämpfung der englisch-amerikanischen Ausbeutung heute viel nötiger. Ich möchte auch hier anerkennen, daß während der Tage des heißesten Krieges Prof. Miljukow als russischer Minister und Kadettenführer zwar politisch gegen Deutschland wettete, aber dabei im Gegensatz zu seinen Kollegen in Paris und London die Bedeutung der deutschen Kultur für Rußland bewundernd anerkannte. Jeder, der wie ich öfters in Rußland gereist ist und Fühlung mit der russischen Volksseele besitzt, muß sich überhaupt darüber klar sein, daß eine gewisse psychologische Verständigungsmöglichkeit viel eher zwischen den Deutschen und den Russen, als zwischen den Russen und den Angelsachsen besteht, die sich fremd sind wie Wasser und Öl.

Frankreichs Ehrgeiz, eine großindustrielle Weltwirtschaftsmacht zu werden, muß an den fürchterlichen Menschenverlusten dieses Krieges scheitern. Auch in Zukunft kann Frankreich des deutschen Lieferanten von Koks, Kohle, Kali und Chemikalien ebensowenig entbehren wie des deutschen Abnehmers von Modewaren, feineren Agrarprodukten, insbesondere Wein in Fässern. Deutschland nahm vor dem Kriege von letzterem Stapelartikel mehr auf als selbst England.

Werfen wir nunmehr einen Blick auf England! England hatte vor dem Kriege an Deutschland seinen besten Abnehmer, und zwar ziffernmäßig dann, wenn man Gröber-Britannien ins Auge faßt. Zwar verkauften wir mehr Ware an England, als England uns zurückschickte. Aber im Verhältnis zum britischen Weltreich war unsere Handelsbilanz stark passiv. Dies hatte nun eine sehr tiefe Beziehung zu dem ganzen Zusammenhang des britischen Weltimperiums, eine Beziehung, auf die übrigens schon Cecil Rhodes hingedeutet hat. Wirtschaftlich gesprochen, ist der Zusammenhang des britischen Imperiums in erster Linie ein Kreditnexus. London leiht, finanziert, befruchtet damit die Kolonien; die Kolonien aber, insbesondere die selbstverwaltenden Kolonien, überwiegend von Angelsachsen bewohnt, mit britischen Konsumgewohnheiten verflochten, kaufen britische Waren, und ihre Handelsbilanz ist im Vergleich zum Mutterlande passiv. Womit sollen sie dann an das Mutterland ihre Schuldenzinsen, ihre Amortisationen, ihre Dividenden usw. bezahlen, wenn da nicht neben dem britischen Reich als Rohstoffkäufer ein großer

Industriestaat ohne eigenes weitgespanntes Kolonialreich steht, der diese Rohstoffe an sich zieht? Mit den Forderungen gegen Deutschland zahlt der britische Koloniale dem Gläubiger des Mutterlandes. Insofern hat also das britische Imperium das größte Interesse daran, an Deutschland einen kaufkräftigen Industriestaat zur Seite zu haben. Des weiteren bestand, was das Verhältnis zwischen dem englischen Mutterland und Deutschland angeht, vor dem Kriege eine außerordentlich verzweigte Arbeitsteilung, bei der sich nicht sagen läßt, daß der eine Staat die Rohstoffe oder die Halbfabrikate lieferte, der andere die Fertigfabrikate. Im Gegenteil, das Verhältnis war ein kreuzweises. Zum Beispiel: Die deutsche Textilindustrie als hochverarbeitende Industrie kaufte britische Garne und britische Rohgewebe, um sie zu verweben, zu veredeln — Deutschland das Land der Farbenchemie. Gerade umgekehrt war das Verhältnis auf dem Gebiete des Eisens. Hier hat Deutschland die Halbfabrikate geliefert und England sie zu Maschinen und vor allem zu Schiffen verarbeitet. Nach dem Kriege wird in England ein wahrer Hunger nach Schiffen, Eisenbahnmaterial, Schienen bestehen. Denken wir denn, daß England, das vor allem Schiffe wird bauen müssen, nicht das Eisen dort kaufen wird, wo es sich ihm bietet, auch wenn es deutsches Eisen ist?

Freilich wollen wir diese Sache nicht zu optimistisch beurteilen. Es bleibt die Gefahr des wirtschaftlichen Nationalismus nach dem Kriege bestehen. Es bleibt nicht nur die Gefahr des Boykotts, sondern vor allem die Tatsache, daß die Ententeländer zahlreiche Kriegsindustrien gegründet haben, welche zurzeit vielleicht Munition oder Sprengstoffe anfertigen, in Friedenszeiten aber sich nur allzu schnell auf friedlichen Wettbewerb mit Deutschland umstellen werden. Dann bleibt die weitere wirtschaftsgeschichtlich so interessante Tatsache, daß auch heute wieder der Fremde ein Träger des wirtschaftlichen Fortschritts ist, in diesem Falle der Kriegsgefangene. Die Ententeländer haben es verstanden, aus unseren Gefangenen so manches Geheimnis herauszulocken. Ich möchte, um ein kleines, aber recht bezeichnendes Beispiel zu erwähnen, nur darauf hinweisen, daß zu Beginn des Krieges die Entente noch auf Umwegen über neutrale Länder für ihre eigenen Kriegslazarette Fieberthermometer aus Deutschland kommen lassen mußte. Allmählich hat man aus den deutschen Kriegsgefangenen die Kunst, solche Thermometer herzustellen, herausgelockt. Heute ist die Entente in dieser Beziehung unabhängig. Ein Beispiel für viele!

Aber diese Gefahr, welche ich als die des wirtschaftlichen Nationalismus bezeichne, wie groß sie auch sein mag, ist doch zweiten Ranges gegenüber einer anderen, welche der künftigen Weltwirtschaft droht. Dies ist eine Gefahr, welche die Nationalökonomien schon vor dem Kriege besprochen, die sich aber nun während des Krieges sozusagen aufgestaut hat, um nach dem Kriege über uns flutmäßig hereinzubrechen. Es ist die Gefahr des Rohstoffmangels, der Rohstoffteuerung und der Rohstoffvertristung, zunächst die Gefahr des Mangels und der Vertristung fremder Rohstoffe. Ich erinnere an den englischen Ausfuhrzoll auf Palmkerne, an das englisch-australische Zinkabkommen, das englisch-russische Platinabkommen usw. Auch heimische Rohstoffe können und werden in dieser Weise verteuert werden; denn in diesem Falle hat der Anbieter die Oberhand, und die Nachfrage muß über sich ergehen lassen, was das Angebot diktiert. Die Übermacht der Grundrente nach Ricardo!

Es eröffnen sich da dunkle Ausblicke und schwierige Fragen. Freilich ist auch hier dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen; so kann z. B. Amerika des deutschen Kali für seine Tabak- und Baumwollpflanzungen nicht entbehren. Wenn wir die Abhilfsmittel ins Auge fassen, so werden wir zunächst eine koloniale Ausweitung und Sicherung Deutschlands fordern, die nur in Afrika gefunden werden kann. Wir werden sodann an unsere chemische Industrie denken, welche auf dem Wege der Surrogatherstellung uns von einer ganzen Anzahl fremder Rohstoffe befreit hat. Denken Sie, wie wir unter der Vertristung etwa des Salpeters, des Schwefels, des Aluminiums, des Kautschuk leiden könnten, wenn nicht hier die chemische Industrie vorgebeugt hätte. Eine badische Firma stellt gegenwärtig Treibriemen aus Papierstoff für Dampfmaschinen her, welche sie u. a. an die Firma Krupp liefert.

Auf der anderen Seite aber eröffnet sich hier die Notwendigkeit staatlicher Rohstofffürsorge, vielleicht der wichtigste Punkt innerhalb des ganzen breiten Gebietes der Übergangswirtschaft. Es ist nun sehr interessant zu vermerken, daß wir im Reichstage kurz vor Beginn des Krieges in dieser Richtung einen Versuch gemacht haben, welcher leider durch den Kriegsbeginn ein sehr jähes Ende fand. Es waren die Versuche staatlicher Rohstofffürsorge auf dem Gebiete des Erdöles. Leuchtöl wurde genannt, das wichtigere Benzin und Treiböl für den Dieselmotor wurden mitgemeint. Hier tut sich das Gebiet für den Aufbau von gemeinwirtschaftlichen

Gesellschaften auf, die zunächst als große Käufer auf dem Markte auftreten. Das war die Idee jenes Entwurfs: Wir haben das Rohöl nicht in unseren Grenzen; aber wenn wir ein großer Käufer sind, dann werden wir es relativ billiger und leichter erwerben. Jedoch darüber hinaus dürfte die Mitkontrolle des Staates über die Rohstoffproduktion, soweit sie innerhalb der Möglichkeit staatlicher Beeinflussung liegt, sich in einzelnen wichtigen Fällen als wünschenswert, ja unvermeidlich erweisen.

Ich möchte hier nicht verfehlen hervorzuheben, daß ein ganz ausgezeichnete Beamter des Reichsschatzamt, mein leider seit der Marneschlacht vermißter Freund, Dr. Fritz Kestner, nicht nur den Entwurf des Erdölmonopols im Reichsschatzamt bearbeitet hat, sondern daß auch von ihm persönlich eine Idee stammt, von der ich die Meinung habe, daß sie eine sehr große Zukunft besitzt. Es ist wohl kein Zweifel, daß bei dieser staatlichen Rohstofffürsorge auch finanzielle Zwecke mit hineingenommen werden dürften, zumal bei der Finanznot der nächsten Zukunft. Da hatte nun Dr. Kestner den Gedanken, diese Gesellschaften, die ja auch Gewinne machen und Dividenden ausschütten, in der Weise an niedrigen Preisen zu interessieren, daß man ihren Gewinn in dem umgekehrten Verhältnis zum Verkaufspreise wachsen ließ. Die Idee war die: Könnt ihr das Erdöl nur teuer einkaufen, müßt ihr es also infolgedessen dem Konsumenten teuer abgeben, dann bekommt ihr gar nichts; von einem gewissen niedrigen Preisniveau an beginnt euer Gewinn; letzthin, wenn ihr imstande seid, durch geschickte Manipulationen auf dem Markt den Rohstoff billig zu erwerben und infolgedessen den Preis für den Konsumenten stark herabzusetzen, dann kann eure Dividende erheblich steigen. Ich möchte noch erwähnen, daß Staatssekretär Delbrück zu Beginn des Krieges mir versicherte, daß diese Arbeiten, die auf dem Gebiete des Leuchtölmonopols getan waren, für die Rohstofffürsorge, die während des Krieges ausgebaut wurde, von hervorragender Bedeutung gewesen sind. Sie werden ihre Bedeutung für die Zukunft um so mehr bewahren.

Zusammenfassend können wir sagen, daß trotz des Krieges oder vielleicht gerade wegen des Krieges, wegen der Überspannung des Gewaltprinzips, doch auch das Prinzip der Freiwilligkeit mehr zu seinem Rechte kommen wird. Dieses Freiwilligkeitsprinzip spielte in der Wirtschaftsgeschichte schon sehr früh seine große Rolle, wenn es auch später auf den Plan tritt als das Gewaltprinzip, und schrittweise das Gebiet seiner

Herrschaft ausdehnt: Freiwilligkeit — das geeignetere Mittel privatwirtschaftlicher Reichtumsansammlung und damit wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts der Menschheit.

Im frühen Mittelalter sind es Fürsten, welche Händler und vagierendes Volk auffordern, auf einem freien Markte zusammenzukommen, um hier zu handeln und die Stadt zu gründen. Dann spielt dieses Prinzip weiterhin im Merkantilstaat eine ganz gewaltige Rolle. Dieser Staat ist zwar nach außen Machtorganisation, aber nach innen nivelliert er, beschneidet er das Gewaltprinzip, stellt er „Freihandel“ her. Im 18. Jahrhundert ist in der englischen Literatur Freihandel ein Begriff, der auf den inneren Markt zugeschnitten ist gegenüber staatlichen Privilegien, Monopolen usw. Dann war es gegen Ausgang des 18. Jahrhunderts, daß dieses Freiwilligkeitsprinzip zuerst in England hinausgetragen wurde aus dem Inneren der Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft, und zwar war es hier der große David Hume, groß als Philosoph, groß als der geistige Vater des Adam Smith, welcher den für jene Zeit ganz paradoxen Satz formulierte: Nicht nur als Mensch — das versteht sich für ihn von selbst —, aber sogar als britischer Untertan, als Nationalist möchte ich den Reichtum Spaniens, Portugals, Rußlands, Deutschlands, ja sogar Frankreichs wünschen. Das war in den Tagen jenes zweihundertjährigen Kampfes gegen Frankreich ein gewaltiger Kulturfortschritt, daß dieses Prinzip formuliert wurde. Sodann gipfelt nun von Hume über Smith hinaus dieser Gedanke in dem Worte Brights, das uns verklungen scheint und vielleicht doch wieder einmal ertönen wird, dem Worte: „Friede und guter Wille unter den Völkern.“

Freilich hatte diese britische Formulierung des Freiwilligkeitsprinzips ihre großen Schwächen: sie löschte das soziale Ganze aus. Die ganze soziologische Vorstellung dieser Briten ist eine solche, die nur den Einzelnen neben dem Einzelnen kennt — Privatwirtschaften, die, in sich verschlungen, miteinander konkurrierend und miteinander austauschend, den ganzen Globus umspannen. Damit bedeutete das Freiwilligkeitsprinzip, wie es die britischen Freihändler formulierten, die Herrschaft des Starken über den Schwachen, im Innern: der Kapitalist vergewaltigt den Bauern, den Arbeiter und den Kleingewerbler; nach außen: die starke Nation, in diesem Falle der Brite, konkurriert mit dem Preiskurant alle anderen Nationen nieder. In letzter Linie stand doch dieses Freiwilligkeitsprinzip der großen britischen Manchesterleute, die eben ein großes Manchester als ihren Hintergrund hatten, im engsten Zusammen-

hange mit der britischen Weltherrschaft. Man glaubte sich stark genug, um auf dem Boden des Freihandels die übrige Welt in ungewerblicher Abhängigkeit zu erhalten.

Infolgedessen mußte dieses Freiwilligkeitsprinzip tiefer begründet und neu formuliert werden. Dies geschah durch die klassische deutsche Philosophie, dadurch, daß Kant der Idee der Persönlichkeit die Idee der Menschheit zur Seite setzte, dadurch, daß Fichte den Satz formulierte: zwischen dem Einzelnen und der Menschheit steht die Nation. Ihrer Idee nach ist die deutsche Freiheit die Freiheit des Gliedes an einem lebendigen Ganzen nach dem Satz: Alle für einen, einer für Alle. An die philosophischen Klassiker anknüpfend, hat nun auf nationalökonomischem Gebiet Friedrich List bekanntlich erklärt: Zwischen der Einzelwirtschaft und der Weltwirtschaft steht die Volkswirtschaft — diese Volkswirtschaft als ein „nationales System“, wie er sich ausdrückte, als ein solches Ganze, das in sich alle Produktivkräfte entwickelt, das den Einzelnen trägt und schützt und das sich nach außen durch Zölle zwar abschließt, aber doch vom Schutzzoll zum Freihandel emporreift.

Das praktische Ergebnis dieser sich kreuzenden Gedanken waren vor dem Kriege Volkswirtschaften, gegenseitig sich durch Zölle absondernd, aber doch nicht aufeinander verzichtend, Volkswirtschaften, welche durch Tarifverträge und Meistbegünstigungsklauseln miteinander in Zusammenhang standen: die britische Freihandelsidee germanisiert durch die Vorstellung Lists von der nationalen Volkswirtschaft. Ich glaube nun feststellen zu können: Deutschland hat das allergrößte Interesse daran, daß an dieser Grundlage der Weltwirtschaft nicht gerüttelt, daß die Weltwirtschaft vielmehr auf dieser Grundlage neu aufgebaut werde, und daß insbesondere die Meistbegünstigungsklausel nach dem Beispiel des Frankfurter Friedens womöglich in alle Friedensverträge aufgenommen werde. Ich glaube, hiermit vielleicht das wichtigste wirtschaftliche Kriegsziel zu formulieren, wobei daran zu erinnern ist, daß die Meistbegünstigungsklausel in dem Frankfurter Frieden nicht auf Wunsch Bismarcks, sondern auf den Wunsch Thiers aufgenommen wurde. Deutschland kann nach dem Kriege nicht auf die Weltwirtschaft verzichten, es muß ausführen, es muß Märkte aufsuchen, es kann sich um deswillen nicht abschließen, weil es einführen muß, weil es mit Rohstoffen sich wieder sättigen muß und in letzter Linie, weil es gezwungen ist, seine Valuta wieder herzustellen. Ich fürchte, viel internationalen

Kredit werden wir für letzteren Zweck nicht flüssig machen können. Infolgedessen kommt es darauf an, daß wir uns für unsere Ausfuhr Märkte sichern, und dem dient die internationale Meistbegünstigung.

Aber wenn dem so ist, so muß Deutschland ehrlich diese Meistbegünstigung wollen und auch die Konsequenzen für sich ziehen, die manchem nicht bequem sind, oder, um eine englische Redensart anzuwenden: Deutschland darf nicht „Rahm predigen und Magermilch handeln“.

Beispielsweise muß Deutschland, wenn es Meistbegünstigung in der ganzen Welt sucht, auf alle direkten und indirekten, staatlichen und privaten Exportprämien verzichten. Ich meine, wir können vielleicht noch darüber streiten, ob wir allgemeine Meistbegünstigung in den Mittelpunkt stellen. Aber wenn wir das tun, so ist es selbstverständlich eine Folge, der man nicht entgehen kann, daß wir dann alle solchen Exportprämien, die wir bisher gewährten, und die das Ausland als Dumping schwer empfand, beseitigen müssen. Eine internationale Instanz, etwa der Haager Gerichtshof, ist zu berufen, um festzustellen, ob irgendwelche Nation, die an diesem Meistbegünstigungssystem beteiligt ist, solche direkten oder indirekten, staatlichen oder privaten Exportprämien zahlt. Technisch ist das möglich, denn es ist auf dem Gebiete des Zuckers zeitweise durchgeführt gewesen.

Auf das dringendste ist auch zu warnen vor jenem Schema (technisch sehr wohl denkbar) des sogenannten Dreitarifsystems: Deutschland baut drei Zolltarife auf, zunächst den sogenannten Generaltarif; dieser gilt nur für solche Länder, mit denen wir im Zollkrieg stehen; dann einen Vertragstarif, welcher der ganzen Welt gilt, die mit uns Verträge schließen will, drittens einen Vorzugstarif, den wir an unsere politischen Bundesgenossen gewähren. Denken Sie sich doch, wenn das Ausland den Spieß umdreht! Wenn also auch Amerika zu diesem System übergeht oder Brasilien oder China, oder wie alle diese Märkte heißen, auf die wir ja in Zukunft überhaupt gar nicht verzichten können? Da die Welt unserer Gegner heute fast den ganzen Globus umfaßt, so haben wir das allergrößte Interesse daran, daß nach dem Kriege nicht etwa nach unserem Vorbilde nun auch die anderen Nationen zwischen Gegnern und Bundesgenossen scheiden.

Weiter hat Deutschland — und das ist ein großes Menschheitsverdienst — dasselbe Prinzip der Meistbegünstigung in die islamitische Welt hinausgetragen, die islamitische Welt,

die bisher Objekt und nicht Subjekt der Weltwirtschaft war. Deutschland hat erklärt, daß sein Verhältnis zur Türkei nicht auf Macht oder Privileg beruhe. Es war der erste Staat, der sich freiwillig bereit finden ließ, die Kapitulationen abzuschaffen, und Deutschland beabsichtigt in der Türkei nicht Monopole, sondern die Eigenbehauptung der Türkei und die Gleichberechtigung aller Nationen. Sollte der Versuch in der Türkei gelingen, so hat dies eine tiefgreifende Rückwirkung auf Indien und Ägypten, deren Home-Rule sich anmeldet.

Letzthin geht Deutschland noch weiter. Es gibt nämlich breite Gebiete der Erde, auf welche F. List's Idee der sich allseitig entwickelnden Volkswirtschaft nicht paßt. Das sind die tropischen Gebiete mit Bewohnern, die überhaupt einer nationalen Kultur unzugänglich sind. Hier auf rein kolonialem Boden der tropischen Welt hat Deutschland das allerdringendste Interesse an der Durchführung des reinen Freihandels, d. h. selbstverständlich nicht an der Aufhebung des Zolltarifs. Zölle bleiben für fiskalische Zwecke, aber Gleichberechtigung aller ohne Bevorzugung des Mutterlandes, wie dies bisher in den britischen Kronkolonien und in den deutschen Kolonien der Fall war. Ein wichtiges Kriegsziel — ich weiß nicht, ob es zu erreichen sein wird — wäre, daß dieses Prinzip der „offnen Tür“ auch von Frankreich akzeptiert würde. Das wäre für uns vielleicht wichtiger als die Abtretung französischer Kolonien; denn ich erinnere daran, daß die ganze Marokkoaffäre nicht etwa deswegen ins Rollen kam, weil Frankreich Marokko annektieren wollte. Der französische Unteroffizier am Hafen hätte uns sehr wenig geniert, und wenn Frankreich Ordnung in Marokko gehalten hätte, wäre uns das auch vielleicht recht gewesen. Aber weil der französische Douanier auftauchte, weil Frankreich dieses so aussichtsvolle Wirtschaftsgebiet in sein prohibitives Zollsystem hineinziehen wollte, deswegen mußten wir protestieren.

Zu der allgemeinen Meistbegünstigung und der Offenen Tür in den Kolonien hat sodann ein System langfristiger Handelsverträge zu treten. Es ist unser eigenstes Interesse den Gedanken aufzugeben, als ob ein Handelsvertrag ein Kuhhandel sei, bei dem es gilt, den andern über das Ohr zu hauen. Vielmehr gilt hier wie bei jedem gesunden Geschäft in der großen Geschäftswelt, daß die Interessen beider Seiten gefördert werden müssen. Insbesondere gilt dies von dem bevorstehenden wichtigen Handelsverträge mit

Rußland, dem wir im wohlverstandenen eigenen Interesse bei seinem schwierigen Neuaufbau Hilfe zu leisten und Ergänzung zu bieten haben.

Mit diesen Wünschen und Forderungen finden wir aber auch Anknüpfung bei der starken freihändlerischen Bewegung im heutigen England. Ich erinnere daran, daß die englischen Schutzzöllner jetzt Galle speien, weil sie meinen, das Fieber des Krieges sei die letzte Gelegenheit, ihre Sache unter Dach und Fach zu bringen, und diese Gelegenheit scheint ihnen fortzuschwimmen. Ich lege nicht sowohl darauf den Hauptnachdruck, daß auch heute noch Asquith, mit dem wir vielleicht den Frieden machen werden, und neben Asquith ein außerordentlich einflußreicher Politiker, wie Smuts, durchaus auf freihändlerischem Boden stehen, sondern auch vor allem der mächtig erstarkende englische Arbeitersozialismus. Wir sollten überhaupt durch den Vorhang, der heute vor England heruntergelassen ist, hindurchblicken. Da sehen wir ganz gewaltige Veränderungen im Gange, und zwar lassen sich diese dahin zusammenfassen, daß hinter der gegenwärtigen Regierung, hinter Aristokratie und Bourgeoisie, eine stark politische Arbeiterbewegung mächtig anschwillt. Es ist erstaunlich, welchen psychologischen Eindruck auf die englische Arbeiterwelt die russische Revolution gemacht hat, einen sehr viel tieferen als auf die deutsche. Diese politisierte und sozialistische Arbeiterschaft ist für uns ganz außerordentlich wertvoll als weltwirtschaftlicher Bundesgenosse. Das sind die Leute, die den britischen Freihandel gegenüber den Imperialisten heute am nachdrücklichsten verteidigen. Auch Wilson hat ausdrücklich erklärt, daß er den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege nicht mitmache, und daß er das gleiche Recht aller Nationen predige. Dem Wilsonschen Programm, wie es in seinen Reden niedergelegt ist, entspricht die deutsche Forderung: allgemeine Meistbegünstigung.

Ich möchte nun hier, obgleich dies vielleicht aus dem Rahmen des Vortrages hinauszufallen scheint, doch darauf hinweisen, welche ethische Grundlage diese ganze Freihandelsbewegung in der angelsächsischen Welt nicht nur immer besaß, sondern gerade heute wieder besitzt, eine ethische Grundlage, auf die wir selber uns werden stellen müssen. Wir werden eben nicht nur die Meistbegünstigung zu fordern haben, sondern uns mit dem Geiste erfüllen müssen, aus dem dieselbe herauswächst, um den weltwirtschaftlichen Neubau zu vollziehen. Ich stehe hier nicht vereinzelt, sondern befinde mich in guter

Gesellschaft. Nicht nur die bekannte Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917, sondern auch die nationalliberale Seitenerklärung, die ungefähr dasselbe besagte — gerade die letztere brauchte das Wort — spricht von „dauernder Versöhnung der Völker“. Wenn man das nicht als Redensart nimmt, so hat dieses Wort allerdings einen sehr tiefen ethischen Gehalt. Ähnlich sprach Kühlmann neulich im Reichstage, daß bei solchen Verhandlungen die umgebende Luft, d. h. die Stimmung unendlich wichtig sei. Ja, wenn wir in den Friedensverträgen sogar die Meistbegünstigung auf dem Papier erreichen würden, meine verehrten Anwesenden, wie können wir uns gegen den Boykott der privaten Geschäftswelt schützen? Der sogenannte „psychologische Zolltarif“, wie Ramsay Macdonald vor einigen Wochen gesagt hat, ist im Friedensvertrag überhaupt gar nicht zu treffen. Wenn wir diesen psychologischen Zolltarif nicht wollen, so müssen wir uns eben in jene Atmosphäre der Verständigung hineinbegeben, welche ehrliche Versöhnung will.

Auch hierüber noch ein Wort! Diese „Stimmungspflege“, wie ich es nennen möchte, wird am besten dadurch in Deutschland betrieben, daß wir die sogenannte innere Neuordnung durchführen; denn nichts hat uns der Welt so entfremdet wie unser bisheriges Regierungssystem. Der Mangel an Sympathie, dem wir vielfach in der Welt begegneten, ließ sich überwiegend darauf zurückführen, daß wir für „unfrei“ galten — nach Rohrbach selbst in der Türkei! Das mag nicht angenehm klingen, es mag auch vielleicht eine Dummheit oder ein Irrtum der Ausländer sein. Aber daß diese Tatsache feststeht, läßt sich durch tausende, ich möchte sagen, durch hunderttausende von Stimmen belegen. Jeder Kaufmann, jeder, der überhaupt im Auslande war, wird das bestätigen. Es ist gar kein Zweifel, wie immer wir aus innerpolitischen Gründen uns stellen, daß die Tatsache der jetzt im Gange befindlichen Neuordnung auch eine große weltwirtschaftliche Bedeutung hat, indem sie, sagen wir ganz direkt, dem deutschen Kaufmann wie der deutschen Ware den Weg zur Rückkehr in die Welt erleichtert. Ich denke hierbei nicht nur an die angelsächsische und überseeische Welt, sondern auch an das nachrevolutionäre Rußland, welches unserem bisherigen Regierungssystem mit Mißtrauen begegnet.

Zum Schluß meines Vortrages gestatten Sie mir nun noch folgende Gedankenreihe hier kurz zu erörtern: Wenn wir das größte Interesse daran haben, das beste Erbstück des britischen Freihandels in der Meistbegünstigungsklausel nach Cobden in

die Zukunft hinüber zu retten, so retten wir zugleich nicht minder das beste deutsche Erbstück von Friedrich List her, indem wir den Zollvereinsgedanken auf verbreiterte Basis stellen. Also ein Wort über Mitteleuropa! Zunächst einige Dinge, die selbstverständlich sind, die nur scharf formuliert werden wollen. Wir stehen hier vor einem Entweder-Oder. Mittelwege sind undenkbar. Entweder stehen wir in Zukunft mit Österreich-Ungarn etwa auf dem Fuße, auf dem wir hoffen, mit den Vereinigten Staaten zu sein. Jede Bevorzugung, die wir Österreich-Ungarn heute zuteilen, werden wir in den Friedensverhandlungen eben auch den Vereinigten Staaten zuteilen müssen, wenn wir nicht wollen, daß etwa Brasilien und die Vereinigten Staaten sich gegenseitig bevorzugen. Entweder also treten wir als getrennte Wirtschaftsmächte in die Friedensverhandlungen ein und aus ihnen heraus — oder wir treten in die Friedensverhandlungen hinein als eine einheitliche Organisation und bringen Mitteleuropa jetzt während des Krieges noch unter Dach. Es ist übrigens auch wahrscheinlich, daß, sobald das Ausland sich in diese Dinge mit hineinmischt, dann Einflüsse in Wien sich geltend machen werden, die nicht gerade in der Richtung von Mitteleuropa zielen.

Ich möchte jetzt — die Stunde ist viel zu vorgerückt — die Gründe und Gegenstände nicht entwickeln, welche für und gegen Mitteleuropa sprechen. Es ist merkwürdig: Diese Frage ist doch von allergrößter Bedeutung, und die deutsche Geschäftswelt rührt sich kaum — ein Zeichen dafür, daß hier Gründe und Gegenstände eben miteinander im Streite liegen, sich die Wage halten, und daß es schwer ist, zu einem klaren und entschiedenen Ja oder Nein zu gelangen.

Man macht staatsrechtliche Bedenken geltend: kein Einheitsstaat — da hilft das System der Delegationen. Hierzu treten finanzpolitische Bedenken, (Verschiedenheit des Verbrauchssteuersystems), industriepolitische, agrarpolitische Bedenken — die deutschen Gerstenbauer wehren sich gegen die österreichisch-ungarische Gerste usw. Alle diese Dinge scheinen mir nicht die Entscheidung in sich zu enthalten. Wichtiger vielleicht sind die währungspolitischen Schwierigkeiten. Ein Zollverein ist undenkbar, wenn innerhalb des Zollvereins Valutaschwankungen möglich sind. Also führt der Zollverein auch dazu, daß wir uns um die österreichisch-ungarische Währung kümmern müssen, keine sehr angenehme Belastung. Aber abgesehen vom Zollverein sind wir bereits in der Notlage,

uns sehr energisch um diese Währung kümmern zu müssen. Denn Österreich-Ungarn schuldet uns heute ungefähr 12 Milliarden Kronen. Wenn wir die österreichisch-ungarische Währung ins Bodenlose herabsinken lassen, was sie ohne unsere Hilfe und Stütze wohl täte, ja, dann müssen wir eben diese 12 Milliarden Kronen in den Kamin schreiben, keine angenehme Aussicht angesichts der Verluste, die der russische Bankrott über uns verhängt.

Ich kann, wie gesagt, auf alle diese Dinge hier nicht eingehen, sondern stelle zum Schluß fest, daß meiner Meinung nach überhaupt nicht wirtschaftliche, sondern politische Gründe für oder gegen Mitteleuropa entscheiden. Ich berufe mich hier auf Bismarck. Bismarck war ein Gegner, und zwar energischer Gegner Mitteleuropas, das bekanntlich in den fünfziger Jahren von dem Freiherrn von Bruck als österreichischem Minister den Deutschen verlockend vorgespiegelt wurde. Dieses Mitteleuropa konnte Bismarck damals nicht wollen, und zwar weil dieses Mitteleuropa den politischen Schwerpunkt in Wien gehabt hätte. Infolgedessen die Devise Bismarcks: „Los von Österreich!“ Zu diesem Zwecke wurde Bismarck bekanntlich Freihändler. Er hat sogar große Opfer für diesen Zweck gebracht.

Wir stehen heute vor einer Wahl. Ich möchte, ehe ich für mich entscheide, für Sie die beiden Möglichkeiten nebeneinander stellen: entweder wollen wir Kleindeutschland, ähnlich, wie dies Bismarck wollte, ähnlich, wie man heute von Kleingland spricht: Kleindeutschland mit intensiver, kapitalistischer, der See zugewandter Entwicklung, freihändlerisch interessiert und vielleicht freihändlerisch umgestaltet. Die Demokratisierung, die sich in Deutschland vollzieht, bringt die großen Konsumentenmassen in den Vordergrund, und diese sind freihändlerisch. Von solcher Seite her wendet man sich bereits gegen Mitteleuropa, indem man erklärt: Dann, wenn wir so weit sind, etwa mit den Getreidezöllen völlig aufzuräumen, wollen wir nicht die Fesseln Mitteleuropas an uns haben. Auf der anderen Seite steht ein zu Mitteleuropa verbreitetes Deutschland mit langsamerer, extensiver, mehr selbstversorgender, dem Orient zugewandter Entwicklung, ohne natürlich auf die Weltwirtschaft zu verzichten, ein Deutschland, welches maßvoll schutzzöllnerisch festgelegt ist, damit aber auch all den Wirrwarr und all das Gift der politischen Zollkämpfe aus seinem Inneren ausscheidet. Ein verständiger Bauernschutz, für den ich stets eingetreten

bin, erscheint damit gesichert. Wir haben eine Wahl. Ich glaube mich für Mitteleuropa entscheiden zu müssen, und zwar aus folgenden Gründen: jenes Kleindeutschland, wie ich es Ihnen zeichnete, wäre ein glänzendes, aber bald verglimmendes Meteor, und in wenigen Jahrzehnten gegenüber der verbreiterten Weltentwicklung zum Kleinstaat herabgesunken. Deutschland nähme dann eine Entwicklung, nur auf etwas ausgedehnterer Grundlage, wie das ebenfalls der See zugewandte, vom Hinterlande abgeschnittene Holland im 17. Jahrhundert. Mitteleuropa — und das ist für mich der entscheidende Satz — ist für Deutschland der einzige Weg, um mit den großen Weltmächten politisch auch nur einigermaßen Schritt zu halten, während es für Österreich-Ungarn sogar das einzige Mittel ist, auch nur europäische Großmacht zu bleiben, und nicht in Ohnmacht, wie etwa Italien, herunterzusinken.

Auch die neuerdings angebahnte polnische Entscheidung führt uns zu Mitteleuropa. Wenn nämlich Polen in der Weise konstruiert wird, wovon ja die Rede ist, Polen politisch an Österreich zu geben, so können wir uns ja doch unmöglich von einem fremden, vielleicht feindlichen Zollgebiet vom Bodensee bis nach Litauen unklammern lassen. Wir können doch unmöglich wollen, daß dieses um Galizien vergrößerte Polen, also viel mehr als Kongreßpolen, nun mit elementarer Kraft nach der See drängt. Denn durch den Karpathenwall ist es von Österreich-Ungarn einigermaßen getrennt. Seine ganze Tendenz geht die Weichsel hinunter nach Danzig. Der polnischen Irredenta wäre die Spitze abgebrochen, wenn Polen durch den Zollverein mit Deutschland den Anschluß an die Weltwirtschaft fände. Der deutsch-polnische Zollverein ergibt mit Notwendigkeit den deutsch-österreichisch-ungarischen, wenn Polen an Österreich-Ungarn politisch angegliedert wird. Polens Industrie ist heute, wie ich höre, nicht in erster Linie an Zollfragen, sondern an Entschädigungsfragen und infolgedessen augenblicklich für Deutschland interessiert; denn Deutschland wird ihr immerhin eher Entschädigung zahlen können als Rußland. Sie hofft ferner durch die Kraft Deutschlands auf einen guten Handelsvertrag mit Rußland, während durch eine solche Lösung, Einbeziehung in Mitteleuropa, der polnischen Landwirtschaft Milliarden an einem Tage in den Schoß geworfen würden.

Dieses Mitteleuropa, wie es mir vorschwebt, ist aber nicht aggressiv, was übrigens schon vor dem Kriege von dem bekannten

englischen Politiker Sir H. Johnston anerkannt wurde. Es ist so wenig aggressiv wie andere Zollvereine, die entweder schon geschlossen sind oder verhandelt wurden. Denken wir an den australischen Zollverein, an den südafrikanischen Zollverein, denken wir an den bereits verhandelten kanadisch-amerikanischen Zollverein, der ganz gewiß von uns nicht als aggressiv aufgefaßt wurde. Denken wir an die Zusammenschlußbestrebungen in der angelsächsischen, in der südamerikanischen, in der ostasiatischen und auch in kleinerem Stile in der skandinavischen Welt! Zwischen Volkswirtschaft und Weltwirtschaft scheint sich die „Kontinentalwirtschaft“ zu schieben.

Nun zum Schluß: Nachdem ich in nüchterner Weise bisher die Tatsachen zu Ihnen habe reden lassen und die Gegenwart durch die Vergangenheit gedeutet habe, gestatten Sie mir einen Ausblick hinaus in die Zukunft, wobei es allerdings jedem von Ihnen überlassen bleibt, ob Sie mir folgen wollen oder nicht.

Dieses Mitteleuropa könnte man ansprechen als den Keim der kommenden Vereinigten Staaten von Europa, ein Keim, gepflanzt während des Krieges. Unter dem roten Lichte des Mars sollen die Kinder kräftig gedeihen. Ähnlich wurde einst das Samenkorn für dieses Mitteleuropa auch während des Krieges gelegt. Das war die deutsche Reichsgründung 1871. Dieses Mitteleuropa findet seine koloniale Ausweitung nach Afrika hin, wo in tropischer Fülle der Führung bedürftige Menschenmassen unserer harren. Weiter sehe ich daneben im Geiste die wachsende Solidarität der angelsächsischen Völker, die schon in Rhodes einen ihrer größten Propheten hatte. Die Psychologie Wilsons ist nur zu verstehen aus dieser für den Neu-Engländer durchaus gegebenen Solidarität der angelsächsischen Rasse, aber mit einer Schwergewichtsverschiebung von London nach New-York. Ich sehe, wenn wir aus diesem Weltkriege ungebrochen hervorgehen, zwei kapitalistische Weltzentren der Zukunft: Wallstreet und Behrenstraße. Ich sehe einen Föderalismus in sich verwandter Kulturkreise: Mitteleuropa, die angelsächsische Welt, die ostasiatische Welt, Südamerika usw. und darüber hinaus, diese Kulturkreise überwölbend, die Menschheit.

Goethe spricht einmal von jener Menschheitsfuge, in welcher die Stimmen der verschiedenen Völker zum Vorschein kommen. Möge es unseren Nachfahren vergönnt sein, über die schneidenden Mißklänge der Gegenwart hinaus zurückzufinden oder viel-

mehr hinaufzufinden zu den Harmonien dieser Menschheitsfuge. Wirtschaftlich gesprochen: Aus dem ökonomischen Chaos der Vergangenheit — Kampf Aller gegen Alle mit wirtschaftlichen und politischen Mitteln — zu dem ökonomischen Kosmos einer den Globus vernunftgemäß und bewußt umspannenden Weltwirtschaft — in der Richtung von Kants „Ewigem Frieden“ und Marxens „Reich der Freien“. Gewiß nur ein Zielpunkt, stets unerreichbar auf dieser armen Erde, aber stets anzunähern, eine Aufgabe, niemals gegeben, immer aufgegeben, mit anderen Worten: ein Ideal! (Lebhafter Beifall.)

Diskussion.

Direktor Justizrat Dr. Waldschmidt:

Meine Damen und Herren! Für den, der eine zwölfstündige Arbeitszeit hinter sich hat, ist es sehr schwierig zu versuchen, Ihre Aufmerksamkeit noch für einige Minuten zu fesseln, wenn Sie einen Vortrag gehört haben, der auf einer sehr breiten philosophischen Basis ruht, der beginnt mit David Hume und Adam Smith und mit einer Perspektive endet, die die Vereinigten Staaten von Europa sieht unter Worten von Goethe. Ich würde, wie gesagt, gar nicht wagen, im Anschluß hieran einige Worte zu sagen, wenn ich nicht an einem Punkt des Vortrages einen leisen Vorwurf gegen die deutsche Geschäftswelt herausgehört hätte, da nämlich, wo Herr Geheimrat von Schulze sagte, sie verhalte sich dem Gedanken Mitteleuropa gegenüber nahezu untätig oder gleichgültig. Es interessiert Sie vielleicht, die Stimmung der deutschen Geschäftswelt diesem Gedanken „Mitteleuropa“ gegenüber kennen zu lernen.

Zunächst muß man ja freilich sich darüber klar werden, was unter Mitteleuropa in diesem Zusammenhange zu verstehen ist. Wenn man gar hört von einer Zukunftsmöglichkeit, freilich einer sehr fernen wohl, der Vereinigten Staaten von Europa,

Berichtigung.

Durch ein Versehen sind die Namen der Herren, die an der auf den Vortrag folgenden Diskussion teilgenommen haben, nicht richtig angegeben worden. Es haben an der Diskussion teilgenommen:

1. Justizrat Dr. Waldschmidt, Generaldirektor der Ludwig Löwe & Co. Aktiengesellschaft, siehe S. 23—26.
2. Professor an der Universität Berlin Geh. Regierungsrat Dr. Herkner, s. S. 26—28.
3. Exzellenz Freiherr von Rechenberg, Wirkl. Geh. Rat, Mitglied des Reichstags, siehe S. 28—32.
4. Professor an der Universität Berlin Geh. Regierungsrat Dr. Sering, s. S. 32—34.

Europa ein
doch zum
sen würde.
nicht ge-
inne eines
ses, wobei
Wirtschafts-
Diejenige
m engsten
in in dem
Zollverein
eine Zoll-
iesem Ge-

Diskussion.

Direktor Justizrat Dr. Waldschmidt:

Meine Damen und Herren! Für den, der eine zwölfstündige Arbeitszeit hinter sich hat, ist es sehr schwierig zu versuchen, Ihre Aufmerksamkeit noch für einige Minuten zu fesseln, wenn Sie einen Vortrag gehört haben, der auf einer sehr breiten philosophischen Basis ruht, der beginnt mit David Hume und Adam Smith und mit einer Perspektive endet, die die Vereinigten Staaten von Europa sieht unter Worten von Goethe. Ich würde, wie gesagt, gar nicht wagen, im Anschluß hieran einige Worte zu sagen, wenn ich nicht an einem Punkt des Vortrages einen leisen Vorwurf gegen die deutsche Geschäftswelt herausgehört hätte, da nämlich, wo Herr Geheimrat von Schulze sagte, sie verhalte sich dem Gedanken Mitteleuropa gegenüber nahezu untätig oder gleichgültig. Es interessiert Sie vielleicht, die Stimmung der deutschen Geschäftswelt diesem Gedanken „Mitteleuropa“ gegenüber kennen zu lernen.

Zunächst muß man ja freilich sich darüber klar werden, was unter Mitteleuropa in diesem Zusammenhange zu verstehen ist. Wenn man gar hört von einer Zukunftsmöglichkeit, freilich einer sehr fernen wohl, der Vereinigten Staaten von Europa, so könnte man annehmen, daß unter dem Mitteleuropa ein Staat, ein staatliches Gebilde gemeint sei, was dann doch zum mindesten Deutschland und Österreich-Ungarn umfassen würde. Aber ich glaube, so hat das der Herr Vortragende nicht gemeint, sondern er denkt an ein Mitteleuropa im Sinne eines mitteleuropäischen Bündnisses, Wirtschaftsbündnisses, wobei man auch wieder bei dem etwas vagen Worte „Wirtschaftsbündnis“ an verschiedene Möglichkeiten denken kann. Diejenige Form, welche die drei Staaten wirtschaftspolitisch am engsten zusammenfassen würde, wäre ja auch ein Zollverein in dem Sinne, wie wir von 1834 bis 1869 den deutschen Zollverein gehabt haben, oder, wie man es auch häufig nennt, eine Zollunion. Bleiben wir einmal einen Augenblick bei diesem Ge-

danken und sehen wir zu, wie die deutsche Geschäftswelt sich demgegenüber stellen würde.

Keine Frage, daß eine ganze Reihe von Industrien diesem Gedanken unsympathisch gegenüberstände, weil es in Österreich etliche Industrien gibt, z. B. Glasindustrie, Porzellanindustrie, eine gewisse Holzindustrie, besonders die Möbelindustrie, die bei dem Fortfall aller Zölle zwischen Deutschland und Österreich den entsprechenden deutschen Industrien unbequem würden. Aber es kommt ja nicht nur darauf an, wie die deutsche Industrie darüber denkt, sondern auch darauf, wie die österreichische und die in der Entwicklung begriffene ungarische Industrie darüber denkt. Und ich glaube, man sollte bei solchen wirtschaftlichen Fragen gerade angesichts der Erfahrungen, die wir gemacht haben mit diesem Kriege, der doch in der Hauptsache ein Wirtschaftskrieg ist, nicht ignorieren, wie die andere, die österreichische, die ungarische Seite über eine solche Frage denkt. Denn wenn wir politisch mit Österreich-Ungarn in Zukunft zusammenhalten wollen, dann dürfen wir es nicht wirtschaftlich verärgern und uns wirtschaftlich zu Feinden machen in dem Sinne, daß sie durch irgend ein derartiges Bündnis glauben, vulgär gesprochen, übers Ohr gehauen zu sein. Und da möchte ich sagen, daß die österreichische Industrie einer solchen Zollunion mit viel größerer Abneigung gegenübersteht als etwa die deutsche Industrie, gar nicht zu sprechen von den Ungarn, die längst nicht mehr ein rein agrarisches Land zu sein wünschen, sondern die den Ehrgeiz haben, ebenfalls allmählich ein Industriestaat zu werden, und, da sie ihre Industrie erst entwickeln müssen, natürlich glauben, eines Zollschatzes zu bedürfen, eines Zollschatzes nicht nur gegen die hochentwickelte deutsche Industrie, sondern sogar gegen die österreichische Industrie. Nun, meine Herrn, solange Ungarn und Österreich darüber nicht einig sind, wird man es sehr begreiflich finden, wenn die deutsche Industrie abwartend abseits steht und nicht den Schein erwecken möchte, als ob es ihr besonders darauf ankäme, nunmehr infolge Niederreißen aller Zollschränken zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn ein Übergewicht zu erlangen oder — das ist doch wohl zweifellos — das vorhandene industrielle Übergewicht besser ausnutzen zu können. Ich möchte also behaupten, daß der Gedanke einer Zollunion bereits ad acta gelegt ist und keine Aussicht auf Verwirklichung hat, wie gesagt, viel weniger, weil die deutsche Industrie ihr ungünstig gegenübersteht, sondern weil die andere Seite es

durchaus nicht mag. In dieser Hinsicht kann man sehr belehrt werden, wenn man einmal mit österreichischen Industriellen spricht.

Es bleibt die andere Frage, ob die mildere Form denkbar ist — denkbar ist sie natürlich — oder mehr Aussicht auf Verwirklichung hat, daß zwischen Österreich und Deutschland wesentlich niedrigere Zölle bestehen sollen, als die Zollmauer wäre, mit der sich Österreich-Ungarn und Deutschland gemeinsam gegenüber dem sonstigen Ausland abschließen würden. Ich sage wesentlich geringere Zölle, denn wenn die Zölle nicht wesentlich geringer sind, dann lohnt es nicht, so viele Worte zu machen, so viele Kämpfe, so viele Schwierigkeiten zu überwinden, wie, selbst um dieses Ziel zu erreichen, notwendig sein würden.

Nun hat aber auch diese Lösungsmöglichkeit, Zwischenzölle, wie man das mit einem kurzen Worte bezeichnet, zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland zu errichten, ein schweres Bedenken, das ist die Rückwirkung auf das sonstige Ausland. Der Herr Vortragende hat, wie ich glaube, sehr mit Recht gesagt, wir müssen in dem künftigen Friedensvertrag auf Meistbegünstigung hinkommen. Ich glaube, daß er damit das gemeint hat, was man die unbedingte Meistbegünstigung nennt. Er hat es ja wiederholt angedeutet durch den Hinweis auf den Frankfurter Friedensvertrag, in dem eben die unbedingte Meistbegünstigung vereinbart war zwischen Frankreich und Deutschland. Wenn wir das aber erreichen wollen — und das zu erreichen, muß man sich nicht leicht vorstellen angesichts der Ankündigungen, angesichts der scharfen Formulierungen, die die Bestrebungen unserer Feinde gefunden haben in der berühmten, will sagen berüchtigten Pariser Wirtschaftskonferenz — ich sage, wenn man dieses Ziel erreichen will, muß man es sich nicht dadurch erschweren, daß man seinerseits, nämlich seitens Deutschland und Österreich-Ungarn, bereits ein Gebilde schafft, auf das ja doch die Gegner hinweisen würden als ein Beispiel dafür, als ein Vorbild dafür, daß sie entsprechende Vorbehalte zu ihren Gunsten für Abmachungen unter sich machen. Darin liegt die außerordentliche Gefahr, daß wir mit der Vorzugsbehandlung, mit den Vorzugszöllen zwar im Grunde nicht sehr viel erreichen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, uns aber unsere Bemühungen um die Meistbegünstigung, um die unbedingte Meistbegünstigung in dem Friedensvertrag ganz außerordentlich erschweren. Es liegt, wie gesagt, ja gar nichts näher, als daß,

wenn wir sagen, auf die unbedingte Meistbegünstigung machen wir wohl Anspruch, jedoch unbeschadet dessen, was wir mit Österreich-Ungarn vereinbart haben oder vereinbaren werden, daß dann die Gegenseite, die ja doch auf Parität schon des Scheines wegen den allergrößten Wert legen wird, sagt: dann machen wir aber auch entsprechende Vorbehalte für Vorzugsbehandlung unter uns und zu unseren Gunsten. Und dann ist, da wir ja mit nicht weniger als zwölf Feinden zu tun haben, — ich glaube zwölf sind es jetzt — ein solcher Ring unter ihnen geschlossen, immer unter Bezugnahme auf unsere Vereinbarung mit Österreich-Ungarn, daß entweder praktisch die unbedingte Meistbegünstigung ins Wasser gefallen ist oder aber auf die allergrößten Schwierigkeiten bei den Friedensverhandlungen stoßen wird, wenn sie in dem Umfange, den wir durchaus brauchen, durchgesetzt werden soll.

Meine Herren, so sieht im großen und ganzen die deutsche Geschäftswelt diese Fragen an, und darum steht sie dem Schlagwort Mitteleuropa allerdings ziemlich ungläubig gegenüber, mit einem Wort, sie hält nicht viel davon, aber aus guten Gründen, nicht aus Indolenz. (Beifall.)

Geh. Regierungsrat Professor Dr. Hermann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe das Wort nicht erbeten, um den Ausführungen unseres verehrten Referenten irgend wie entgegenzutreten. Im Gegenteil, ich freue mich, seinen fesselnden Darlegungen im wesentlichen beistimmen zu können. Auch ich verbinde mit dem Gedanken „Mitteleuropa“ nicht die Vorstellung eines sich möglichst selbst genügenden exklusiven und aggressiven Imperiums, eines Trutzbündnisses, obwohl es diesen Charakter vielleicht erhalten kann, wenn unsere Feinde auch nach dem Frieden den Handelskrieg durchaus fortsetzen wollen. Einstweilen ist es mir aber weit mehr der Ausdruck für die tief eindringenden Gemeinsamkeiten, welche der Krieg nun einmal zwischen uns und Österreich-Ungarn hat entstehen lassen. Es soll die Zeiten der Übergangswirtschaft erleichtern, das heißt also die Rohstoffversorgung, die Wiederherstellung der Währung, die Lösung finanzpolitischer Probleme, die Rationalisierung der österreich-ungarischen Volkswirtschaft besonders durch eine billige Versorgung mit Stahl und Maschinen, die jetzt vielfach fehlt, und schließlich die Aufnahme Polens in die mitteleuropäische Volkswirtschaft. Von größter Bedeutung wird es ja sein, daß zwischen Mitteleuropa und Osteuropa möglichst bald gute Beziehungen

wieder hergestellt werden. Mancher Argwohn, der jetzt die slawischen Bewohner Österreich-Ungarns gegen Mitteleuropa Stellung nehmen läßt, wird dann vielleicht an Schärfe verlieren. Das wäre sehr wichtig, da Mitteleuropa einer breiteren Grundlage bedarf, als die deutsch-magyarische Freundschaft allein bieten kann. Hoffentlich findet auch die polnische Frage keine Erledigung, welche uns die unversöhnliche Feindschaft des wirtschaftlich wichtigsten Teiles von Rußland, der Ukraine, zuziehen könnte. Der Übergang Galiziens an Polen würde eben mit Rücksicht auf Ostgalizien nicht unbedenklich sein, sofern für Ostgalizien nicht eine Autonomie zum Schutze der ruthenischen Nationalität erreichbar wäre.

Daß uns Rußland nicht alles sofort bieten kann, was wir gern von ihm haben möchten, weiß ich sehr wohl. Immerhin scheinen nicht unerhebliche Getreidevorräte dort noch vorhanden zu sein, nach den vorsichtigsten Schätzungen etwa vier, nach optimistischer Auffassung 9 bis 10 Millionen Tonnen. Vielleicht schaffen auch die ungünstigen Währungsverhältnisse, die in Mittel- und Osteuropa bestehen, eine Art besonderer Interessengemeinschaft. Haben doch Rubel, Mark und Krone in ihren gegenseitigen Beziehungen weniger an Kaufkraft verloren, als im Verhältnis zum Pfund und zum Dollar. Es wird angesichts des zu erwartenden empfindlichen Tonnagemangels nach dem Kriege die relative Leichtigkeit des Landverkehrs zwischen uns und Osteuropa ebenfalls ins Gewicht fallen. Wir müssen uns ja darüber klar sein, daß die glänzenden Erfolge des U-Boot-Krieges uns nach dem Frieden auch mancherlei wirtschaftliche Nachteile aufbürden werden. Unsere Einfuhr ist vor dem Kriege doch zu einem recht erheblichen Teile durch die Handelsmarine der Länder bewirkt worden, die jetzt der Zerstörung durch die U-Boot-Waffe ausgesetzt ist. Es kamen nämlich im Jahre 1912 in deutschen Häfen deutsche Schiffe mit ungefähr 20 Millionen Registertonnen, fremde Schiffe mit 13 Millionen Registertonnen an, darunter $6\frac{1}{2}$ Millionen Registertonnen englischer Flagge. So wird also der Eisenbahn- und der Binnenschiffverkehrsverkehr in den ersten Zeiten nach dem Kriege sicher eine besondere Bedeutung erlangen.

Es wäre aber ein verhängnisvoller Irrtum, wenn man glauben wollte, daß diese mittel- und osteuropäische Orientierung irgendwie ausreichen könnte, die vollständige Wiedergeburt unseres Welthandels herbeizuführen. Dazu ist gewiß das britische Imperium, sind Nord-, Mittel- und Südamerika unentbehrlich. Nur sie können uns mit Baumwolle, Schafwolle, gewissen seltenen

Erzen, mit tropischen Ölfrüchten, Futtermitteln, Kautschuk, Kolonialwaren usw. ausreichend versorgen. Ich habe mich besonders gefreut, daß der Herr Vortragende die große Bedeutung unterstrichen hat, welche der deutsche Käufer in den britischen Kolonien besitzt. Diese Beziehungen werden oft unterschätzt, anscheinend aus dem etwas subalternen Grunde, daß unsere amtliche Statistik es leider unterläßt, unsere Handelsbeziehungen zum gesamten britischen Imperium zum Ausdruck zu bringen. Sie gibt uns nur die Beziehungen zum Mutterlande und dann die Beziehungen zu den einzelnen Teilen des Reiches an. Aber sie gibt keine Ziffern für das gesamte Imperium. Demzufolge wird bei derartigen Erörterungen häufig nur von dem Verkehr mit England allein gesprochen. Er war ja sehr erheblich, es waren 2,3 Milliarden Mark vor dem Kriege. Aber der Verkehr zwischen Deutschland und den britischen Besitzungen steht hinter dieser Ziffer nicht allzu weit zurück. Dieser Verkehr zwischen uns und den britischen Besitzungen belief sich in Ein- und Ausfuhr auf 1,8 Milliarden Mark. Es hatte unsere Einfuhr aus den britischen Besitzungen von 1903 bis 1913 um volle 900 Millionen Mark zugenommen. Der gesamte Gütertausch mit dem britischen Imperium beträgt also rund 4 Milliarden. Das sind 20 % unseres gesamten Außenhandels. Dazu kommt dann noch ein Verkehr von $4\frac{1}{2}$ Milliarden mit den verschiedenen amerikanischen Freistaaten. Demzufolge beträgt also der gesamte britische und amerikanische Verkehr $8\frac{2}{3}$ Milliarden gegenüber den $4\frac{1}{2}$ Milliarden des österreich-ungarischen und russischen Verkehrs. Überdies bietet der rasch zunehmende Reichtum der britisch-amerikanischen Welt für die Verwertung unserer Qualitätsprodukte wohl auch aussichtsreichere Möglichkeiten als das relativ arme und kulturlose Osteuropa.

Im Hinblick auf diese unerfreulichen, aber leider nicht aus der Welt zu schaffenden Zusammenhänge erscheint mir die Wiedernerneuerung unseres Welthandels eine politische Führung notwendig zu machen, welche stets darauf bedacht ist, wie es Bismarck in Nikolsburg war, daß der Feind von heute wieder unser Freund oder besser gesagt, vielleicht unser Geschäftsfreund von morgen werden kann und werden muß. (Beifall.)

Exzellenz von Rechenberg:

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir bei der vorgerückten Stunde nur einige Worte zu der Frage von Mitteleuropa oder, richtiger gesagt, eines Wirtschaftsbündnisses

mit Österreich-Ungarn, wie dies von mehreren Vorrednern bereits angedeutet worden ist.

Ich möchte Sie vor allem darauf aufmerksam machen, daß eigentlich über diese Frage bereits die Entscheidung gefallen ist, und zwar ist sie gefallen am 5. November 1916 gelegentlich des Manifestes, das einen polnischen Staat verkündet. In diesem Manifest steht, daß sich der polnische Staat im engen Anschluß an die Zentralmächte befinden soll. Die Fassung des Manifestes stimmt, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, wenigstens in dieser Beziehung mit den Wünschen der Polen überein. Es ist nun selbstverständlich, daß, wenn Polen auf der einen Seite an Österreich-Ungarn, auf der anderen Seite an Deutschland wirtschaftlich angeschlossen ist, diese ganze Konstruktion eine sinnlose wäre, wenn nicht derselbe Anschluß auch zwischen den beiden Ländern Deutschland und Österreich-Ungarn bestehen würde. (Sehr richtig!) Es ist doch undenkbar, daß z. B., um einen konkreten Fall zu nehmen, bei Oderberg der Warenverkehr zwischen Deutschland und Österreich allen bisherigen Schwierigkeiten unterliegt und über Granica bei Sosnowicze, wenige Kilometer entfernt, mit all den Erleichterungen, die das gegenwärtige Wirtschaftsbündnis gewährt, vor sich geht. Also ich glaube, die Entscheidung über ein Wirtschaftsbündnis ist, da wir doch annehmen müssen, daß dieses Manifest ernst gemeint war als wichtiger staatsrechtlicher Akt, eigentlich bereits gefallen. Es fragt sich nur, welche Form soll das Wirtschaftsbündnis haben? Einig sind wohl alle darüber, es darf keine aggressive Form haben, d. h., es darf in seiner Gestaltung nicht von unseren Gegnern oder den Neutralen als eine gegen sie gerichtete Waffe empfunden werden, welche sie als im Widerspruch mit den bisherigen Handelsgebräuchen stehend betrachten müßten. Als eine solche würde sich eine jede sich im Präferenz-System konstituierende Bevorzugung darstellen. Ein engeres Wirtschaftsbündnis würde nach dem bisherigen Gebrauch die Handelsverträge nicht als eine Verletzung der Meistbegünstigung empfinden und gibt auch keinen Anlaß zu Repressalien.

Herr Justizrat Waldschmidt hat uns die Bedenken erwähnt, die da von verschiedenen Seiten geltend gemacht werden. Ich glaube, daß, wenn man die Sache näher ansieht, die Bedenken eigentlich auf Privatinteressen weniger beruhen. In Österreich sind gewisse Bedenken seitens der Industrie erhoben worden. Man müßte logischerweise annehmen, daß die Hauptbedenken von denjenigen Produzenten ausgehen, die infolge früherer

Stammesabneigung den Deutschen wenig freundlich gegenüberstehen, während deutsche Industrielle diesen Anschluß begrüßen. Also man müßte bei den Tschechen die größte Abneigung erwarten. Merkwürdigerweise ist aber das Gegenteil der Fall. Gerade die Tschechen haben keine wirtschaftlichen Bedenken, während die österreichische Industrie, in den Hauptzweigen deutsche Industrie, in der Eisenindustrie Bedenken hat. Das liegt an folgendem: die Produktion Böhmens geht den natürlichen Lauf der Agrarproduktion, den Flüssen nach, nach Deutschland. In gleicher Weise spielt sich auch der ganze Schiffsverkehr ab. Die tschechische Eisenindustrie ist eine solche, welche Roheisen nicht produziert, sondern verarbeitet. Es liegt ihr an dem billigen Roheisenpreis. Die deutsche Industrie Österreichs, die in den Alpen-Montanwerken und in anderen zum Ausdruck kommt, produziert hauptsächlich Roheisen und hat infolge des Schutzzolles außerordentlich hohe Eisenpreise, die einen Teil ihres Gewinnes darstellen. Infolgedessen sind die Tschechen mehr für die Annäherung.

In Ungarn fragt es sich, ist der Verdienst, den die ungarische Landwirtschaft an größerem Absatz nach Deutschland hat, ein so groß, daß daraus der Staat seine Industrie fördern kann? Was ist nun ein Schutzzoll? Ein Zoll ist eigentlich nichts anderes, als eine Verteuerung gewisser Produkte zugunsten eines bestimmten Produktionszweiges, dessen Aufrechterhaltung und Förderung man auch auf Kosten der Gesamtheit des Staates für notwendig erachtet. Diese Förderung braucht aber nicht in Gestalt von Zöllen zu bestehen. Sowie der Staat Geld hat, das er auf irgend eine andere Weise bekommt, ist er auch in der Lage, dieselbe Unterstützung in Gott weiß welcher anderen Form zu gewähren, z. B. durch Subventionen.

Was unsere Industrie anbelangt, so sind es nur wenige Zweige derselben, die von der Konkurrenz Österreich-Ungarns bedroht würden. Was aber hier wohl bedroht werden könnte, das sind die Finanzen einiger Chefs der Industrie. Es ist mir z. B. bei einer Besprechung einmal aufgefallen — ich will keine Namen nennen —, daß der Chef einer großen, sehr großen deutschen Firma auf die Opfer hinwies, die er beim wirtschaftlichen Anschluß mit Österreich-Ungarn würde bringen müssen. Es war gänzlich unverständlich, wie er diese Opfer bringen konnte, denn seine Industrie war eine so kräftige, daß er eigentlich nur an Export verdienen konnte. Bei näherer Überlegung zeigte sich aber folgendes: er war finanziell in-

teressiert an einer Reihe österreichischer gleichartiger Industrieunternehmungen. Diese Industrieunternehmungen zahlten infolge der hohen österreichischen Zölle, die hauptsächlich gegen den deutschen Export gerichtet waren, so hohe Dividenden, daß er auch durch den erhöhten Export nicht für den Ausfall entschädigt werden würde.

Also, meine Herren, ich glaube, es läßt sich nicht so sagen, daß dieser oder jener bedroht ist. In vielen Fällen wird die Bedrohung sich unseren Augen entziehen. Aber für das Ganze glaube ich, daß ein Wirtschaftsanschluß entschieden von Vorteil sein wird, ja, daß er notwendig ist. Der Vortragende hat bereits erwähnt, daß seinerzeit an die Stelle des Gewaltprinzips das System der Freiwilligkeit trat, daß aber die Freiwilligkeit in ihrer reinen Durchführung die notwendige Unterjochung des wirtschaftlich Schwachen unter den wirtschaftlich Starken zur Folge haben mußte, ein Prinzip, worauf überdies unsere ganze soziale Gesetzgebung aufgebaut ist, die ja nichts weiter darstellt als eine Summe von Schutzmaßregeln des wirtschaftlich Schwachen gegen den wirtschaftlich Übermächtigen. Ja, meine Herren, im Staatenleben ist es nicht anders. Auch hier führt das absolut freie Spiel der Kräfte notwendig zur Unterjochung des Schwachen durch den wirtschaftlich Stärkeren. Heute sind wir noch wirtschaftlich stark. Aber wir dürfen uns keine Illusionen darüber machen, daß die Summe des Kapitals, wenn ich so sagen darf, der Kräfte, über die wir verfügen, eine begrenzte ist. Sie ist gebunden an die Grenzen unseres Heimatlandes, und innerhalb dieser Grenzen wird die Entwicklung hoffentlich fortschreiten. Sie kann aber nicht in der Weise in ferneren Jahrzehnten sich entwickeln, wie in denjenigen Staaten, denen ungemessene Landflächen zu Gebote stehen, auf denen sie jeden Zuwachs der Bevölkerung unterbringen können. Auch hier bleibt nichts anderes übrig, als zu demjenigen Mittel zu greifen, dem sich im Privatleben der Kaufmann und der Industrielle schon längst gefügt hat, es ist das der Assoziation. Sicher ist das für den einzelnen nicht bequem. Aber es ist das einzige, was ihm übrig bleibt, wenn er auf die Dauer seine Stelle behaupten will. Seien Sie fest überzeugt, daß z. B. jeder der Direktoren unserer größten Finanzinstitute ohne Zweifel viel besser, bequemer und vielleicht auch erfolgreicher operieren könnte, wenn er über das Kapital, das seine Bank besitzt, als freier Mann verfügen könnte, statt als Direktor einer Aktiengesellschaft an eine Summe von Vorschriften, Generalversammlung, Aufsichtsrat usw.

gebunden zu sein. Der Unterschied ist nur der, daß er als einzelner das Kapital gar nicht besitzen würde, und daß dieses Kapital zu vereinigen, eben nur durch eine Assoziation möglich ist. Daß diese Assoziation auch sonst geschieht, das sehen Sie, wenn Sie hier durch die Leipziger Straße gehen oder sonst durch Berlin; Sie sehen die Warenhäuser, die sich schließlich doch nur als Assoziation, als Aktiengesellschaften darstellen, denen gegenüber Konsumvereine und dergleichen, kurz, die Assoziation, die wir auch beschreiten müssen und meiner Hoffnung nach auch beschreiten werden. Tun wir das nicht, so, fürchte ich, kommen wir in dieselbe Lage wie diejenigen Staaten, die auch seinerzeit auf dem Weltmarkte eben so viel, ja verhältnismäßig vielleicht noch mehr bedeuteten als wir, die aber, weil das Gebiet hinter ihnen ein zu kleines war, schließlich von ihrer Höhe herabgesunken sind. Der Herr Vortragende hat an die Niederlande erinnert. Ein zweites Beispiel können Sie an Portugal sehen. Es waren beides Länder, in deren Hauptstädten sich lange Jahre der Reichtum der Welt konzentrierte, und die heute doch wohl nur Mächte zweiten Ranges sind. Im Wirtschaftsleben auch unseres Reiches wird es nicht anders sein. Durch Eroberungen können wir und wollen wir auch nicht diejenige Masse von Kapital — so nenne ich Land und Leute — erwerben, die zur Behauptung unserer Stellung auf die Dauer nötig wäre. Es bleibt uns nur übrig die Assoziation, wobei ich auch hoffe, ebenso wie der Herr Vortragende, daß in einer freilich nicht zu nahen Zeit jeder Staat, dessen Produktionsbedingungen einigermaßen den unserigen gleichen und der an uns angrenzt, in diese eintreten kann. Der Beginn aber wird ausgehen müssen von demjenigen Staat, mit dem wir jetzt überhaupt anfangen können, und das können wir nur mit unserem Verbündeten, und nur auf dem Wege der Assoziation, von der ich allerdings hoffe, daß sie die Basis zu einem für alle Zukunft gesicherten Mitteleuropa bildet, in dem Deutschland nicht die letzte Stelle, sondern wohl mit die erste einnehmen möge. (Beifall.)

Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Sehring:

Nur wenige Worte! Die Meistbegünstigung ist gar nichts anderes als ein spezieller Ausdruck für die Gleichberechtigung auf wirtschaftlichem Gebiet. Es gibt aber kein Recht ohne eine Macht, die es zu schützen weiß, und demzufolge keine Gleichberechtigung ohne ein Gleichgewicht der Macht, und das führt uns mitten in den großen Weltkrieg hinein. Wir kämpfen um

unsere Gleichberechtigung. Das System der Meistbegünstigung hat einmal alle Handelsbeziehungen unter den Kulturvölkern beherrscht. Das war in den 60er, 70er Jahren, als die europäischen Großstaaten in ungefähr gleicher militärischer und wirtschaftlicher Stärke nebeneinander standen und nun den Handelsverkehr unter sich durch die bekannten Handelsverträge der 60er Jahre so regelten, daß sie sich gegenseitig versprachen, keinen zu bevorzugen, sondern alle auf gleicher Stufe zu behandeln. Dieses ganze System, das auch den kleinen Völkern eine geeignete Stellung und ruhige Entwicklung verbürgte, ist aber doch, wie wir alle wissen, in Trümmer geschlagen worden durch die Tatsache, daß riesenhafte Imperien im Zusammenhang mit der Umspannung der Erde durch Eisenschienen zu überstarken Wirtschafts- und Staatskörpern emporwuchsen: die nordamerikanische Union, Rußland, das Greater-Britain. Auch Frankreich ist dahin zu rechnen, weil sein neues Kolonialreich eine Grundfläche vom Umfange Europas umfaßt. Seitdem ist es vorbei mit der Gleichberechtigung und Meistbegünstigung. Sie wissen, daß die Engländer sich Sondervergünstigungen ausgemacht haben in Kanada, in Australien, in Südafrika — sie sind nur ein Ausdruck für die vor sich gehende Konsolidation des riesenhaften Reiches. Sie wissen, daß die Amerikaner, die Russen, die Franzosen ihre Imperien durch ein Hochschutzzollsystem abgeschlossen haben, daß das amerikanisch-englische Großkapital im Begriff ist, eine ausbeutende, ökonomische Herrschaft über die Welt, uns einbegriffen zu erringen, daß sie durch das weite Gebiet, das sie beherrschen, in die Lage versetzt sind, die Preise für die wichtigsten Rohstoffe zu diktieren. Wo dies geschieht, ist es eben aus mit der Gleichberechtigung, mag man noch so viel Meistbegünstigungen in die Handelsverträge hineinschreiben. Wollen wir also unsere Stellung in der Welt als eines gleichberechtigten Volkes durchsetzen, so müssen wir dafür sorgen, daß wir eine Macht aufrichten, welche derjenigen der Riesenreiche gleichwertig ist. Exzellenz v. Rechenberg hat schon betont, daß das nach unserer geographischen Lage im wesentlichen nur möglich ist im Wege des freiwilligen Zusammenschlusses mit denjenigen unserer Nachbarn, die einem gleichen Schicksal unterliegen, also zunächst mit unseren Kampfgenossen, den Österreichern und Ungarn. Es scheint mir deshalb doch unrichtig gedacht, es scheint mir, als würden die hier obwaltenden weiten Zusammenhänge nicht in ausreichender Weise erkannt, wenn nach dem Zeugnis des Herrn Justizrat Waldschmidt große Teile

der deutschen Geschäftswelt dem Zollverbande mit Österreich-Ungarn ablehnend gegenüberstehen und im selben Atemzug Meistbegünstigung, Gleichberechtigung mit den Riesenreichen fordern. Das eine nicht ohne das andere! Dies schien mir gerade der Grundgedanke zu sein in dem vortrefflichem Vortrage des Herrn v. Schulze-Geavernitz, und in dem Punkte stimme ich ihm durchaus zu.

Das Leben jedes Volkes bildet eine Einheit. Man kann das wirtschaftliche nicht ohne das politische begreifen, und die Geschichte läßt sich nicht in eine machtpolitische und wirtschaftspolitische auseinanderreißen. Wir führen diesen Krieg, um uns politisch stark zu machen und so die Bedingungen für ein reiches kulturelles, auch wirtschaftliches Leben zu erringen. Verlieren wir den Krieg, dann sind wir verarmte und verachtete Bettler. Es wird aber ein Zeichen des Sieges sein, wenn es uns gelingt, ein Mitteleuropa herauszuarbeiten, das einen gleichwertigen Machtblock gegenüber den großen Imperien darstellt, und mit Hilfe dieser Machtstellung die Gleichberechtigung mit den Imperien auf den Märkten der Welt zu erringen. (Beifall.)

Schlußwort.

Geh. Hofrat Universitäts-Professor Dr. v. Schulze-Gaevernitz:

Verehrte Anwesende! Nur ganz wenige Worte! Zunächst die volle Zustimmung zu dem, was Herr Kollege Sehring in letzter Linie gesagt hat, nämlich — das ist eigentlich der Grundgedanke meines ganzen Vortrages gewesen — daß sich das Wirtschaftliche nicht ohne das Politische und umgekehrt begreifen läßt. Ich bin Herrn Kollegen Sehring sehr dankbar, daß er diesen Gedanken noch einmal so scharf herausgehoben hat.

Was sodann die Äusserungen des Herrn Justizrat Waldschmidt angeht, so weiß ich ganz genau, daß, wenn man ihm auf dieses Gebiet folgt, man eine Unzahl Interessen dafür und ebenso viele dagegen namhaft machen kann, und auf diesem Wege überhaupt zu einem Ziele nicht kommt. Einzelne Industrien, einzelne Zweige der Landwirtschaft sind dafür, andere dagegen. Nur möchte ich doch den allgemeinen Gesichtspunkt hervorheben, daß immerhin ein grosses Wirtschaftsgebiet unter sonst gleichen Verhältnissen erhebliche Vorteile aufweist, z. B. die Standortsvorteile; beispielsweise würden die Wasserkräfte der Alpen in einem großen Zollgebiet, wie es dieses Mitteleuropa wäre, zweifellos die deutschen Kapitalien an sich ziehen, und infolgedessen würde die Industrialisierung sich dort sehr viel schneller vollziehen als ohne das. Ich möchte auch darin dem Herrn Vorredner zustimmen, daß es sich selbstverständlich nur um ein Schema handeln kann, in welchem die österreichisch-ungarischen Interessen voll und ganz gewahrt werden. Ja, ich glaube, wir werden eben auch darin den Weg zu gehen haben, den Bismarck gegangen ist, daß wir für politische Zwecke unter Umständen dem Kontrahenten wirtschaftliche Vorteile werden zuwenden müssen. Ich glaube, alles in allem gemessen, ist rein wirtschaftlich der Gewinnende Österreich-Ungarn, denn wenn wir nur an den

Satz denken, den ich unterstrich, daß ein Zollverein keine Valutaschwankungen in seinem Innern erträgt, so bedeutet dies für Österreich-Ungarn eigentlich mehr als alles andere zusammengenommen.

Herrn Kollegen Exzellenz v. Rechenberg bin ich dafür dankbar, daß er den Satz noch einmal hervorhob: die Frage wird entschieden oder ist entschieden durch Polen, denn sobald wir Polen politisch selbständig machen, von Rußland lösen und wie es scheint, politisch an Österreich angliedern, so können wir ja doch unmöglich ein fremdes, vielleicht einmal feindliches Zollgebiet dieses Umfangs an unserer Seite vertragen. Ein solches noch durch Galizien erheblich gestärktes Polen würde ja höchst gefährlich sein, wenn es durch eine Zollgrenze von seinem natürlichen Ausweg zur See abgeschnitten wäre, was nicht nur Danzig, sondern auch Hamburg ist.

Schriften der

Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft

Vereinigung für weltwirtschaftliche Forschung und Belehrung

Siebentes Heft:

Neubau der Weltwirtschaft

von **Dr. Gerhart von Schulze-Gaevernitz**

Geh. Hofrat, o. Professor der Nationalökonomie an der Universität Freiburg i. B.

1918

Preis 1.60 M

Demnächst erscheint:

Achtes Heft:

Kurland und das Baltikum

von **Dr. Dietrich Schaefer**, Geh. Regierungsrat
Universitätsprofessor, Berlin

1918

Preis etwa 2 M

Verkehrswissenschaftliche Abhandlungen

Herausgegeben auf Veranlassung des Kaiserlichen Automobilklubs
von Dr. Gottfried Zoepfl ~ ~ Dr. Carl Falck ~ ~ Dr. Walter Kes

Erstes Heft:

Öffentliche Kraftwagenlinien im Weltverkehr

von

1914 **Dr. Walter Kes** Hauptmann im : : :
Gen.-Gouv. Belgien Preis 2,50 M
einschl. Teuerungszuschlag

Zweites Heft:

Flotten- und Kohlenstationen

unter strategischen, verkehrstechnischen, wirtschaftlichen
u. rechtlichen Gesichtspunkten

von

1915 **Dr. Wilhelm Wrabec** Preis 2,50 M
einschl. Teuerungszuschlag

Drittes Heft:

Grundzüge einer militärischen Verkehrspolitik

von

1917 **Dr. Richard Hennig** Preis 3 M

Berlin W 8 * Carl Heymanns Verlag

Handelsverbot und Vermögen in Feindesland

Gesetzgebung und Praxis von England, Frankreich, Deutschland, Italien, Österreich und Rußland während des Krieges 1914/15

Eine neutrale Darstellung

von Dr. A. Curti, Zürich

Preis 3 M

1916

Preis 3 M

Curtis Darstellung stützt sich auf die amtlichen Erlasse, Rundschreiben, Dekrete, Gesetze, Beratungen der gesetzgebenden Behörden und gerichtlichen Entscheidungen. Daß sie streng objektiv sein muß und sich jeder subjektiven Kritik enthält, ist wohl selbstverständlich.

Deutschlands Getreidewirtschaft und Versorgung nach dem Kriege

von Dr. Graf Robert von Keyserlingk

Preis 1.50 M

1918

Preis 1.50 M

Der mit den kriegswirtschaftlichen Einrichtungen des Inlandes und der besetzten Gebiete vertraute Verfasser will mit seiner Schrift zur Lösung des Getreideversorgungsproblems beitragen, indem er untersucht, welche Versorgungsquellen im In- und Auslande uns künftig zur Verfügung stehen, inwieweit sie unseren Bedarf decken, und ob sich die frühere Art der Friedensversorgung aufrecht erhalten läßt oder durch Umgestaltung unserer Kriegsmonopolwirtschaften zu ersetzen ist.

Handelsverträge und Meistbegünstigung

von Heinz Horstmann
Doktor der Staatswissenschaften

Preis 5 M

1916

Preis 5 M

Das Buch erörtert ein Gebiet, das augenblicklich und in der nächsten Zukunft besonders lebhaft Beachtung nicht nur in den Kreisen der Fachleute, sondern auch in den Kreisen der wirtschaftlich-politisch beteiligten Öffentlichkeit finden wird. Der Verfasser behandelt die Handels- und Meistbegünstigungsverträge des Deutschen Reiches nach einseitiger Meistbegünstigung, beiderseitiger unbedingter Meistbegünstigung, nach beschränkter Meistbegünstigung und endlich nach bedingter Meistbegünstigung. Er untersucht die Wirkungen dieser Abmachungen durch einen zahlenmäßigen Nachweis der Warengruppen und gibt im Schluß einen Überblick über unsere Handelsstaatskunst und über unsere weltwirtschaftliche Lage nach dem Kriege. Das Buch wird sich der Förderung aller Verbände zu erfreuen haben, die den deutschen Außenhandel begünstigen.

Berlin W 8 * Carl Heymanns Verlag

Gedruckt bei Julius Sittenfeld, Hofbuchdrucker., Berlin W 8